

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteinmalig mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsstellen monatlich 2 M., durch unsere Vertreter gegen Einzahlung in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen monatlich 2 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postsendungen und Postbriefe sowie unsere Zeitungen und Geschäftsbriefe nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle späterer Vermeidung, Anruf oder sonstiger Veränderungen hat der Besteller seinen Auftrag auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises.



Jahresabonnement 24 M. für die 6 gebundene Monatshefte oder deren Raum, Postamt, die 2 heftige Monatshefte 2 M. Bei Abbestellung und Jahresvertrag entsprechende Preisnachlässe. Bestellungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) bis 2 gebundene Monatshefte 2 M., Nachdruck-Abgabe 50 Pf. Anzeigenannahme bis Sonntag 20 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Bestellungen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Nachdruck durch Klage eingezogen werden muß oder der Nachdruck in Rente geht.

Ersteinmalig seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Druck: Arthur Fischunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Bäßig, für den Inseratenteil: Arthur Fischunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 27

Mittwoch den 1. Februar 1922.

81. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

### Öffentliche Aufforderung an Behörden und sonstige Arbeitgeber zur Einreichung von Einkommensnachweisungen für das Kalenderjahr 1921.

Auf Grund von § 40 des Einkommensteuergesetzes und § 34 der Ausführungsbestimmungen werden alle Arbeitgeber, die im Kalenderjahr 1921 Personen gegen Gehalt, Lohn, oder sonstiges Entgelt länger als zwei Monate beschäftigt haben, hiermit aufgefordert, für die von ihnen beschäftigten Personen, deren Arbeitseinkommen im Kalenderjahr 1921 sich auf mehr als 24000 M. beläuft oder bei Umrechnung auf einen solchen Jahresbetrag belaufen würde,

#### bis 15. März 1922 Einkommensnachweisungen

für die Veranlagung zur Einkommensteuer bei der Gemeindebehörde oder dem Finanzamt des Arbeitnehmers einzureichen. Die Nachweisungen sind nach den Wohnorten der Arbeitnehmer und, wenn eine Gemeinde in mehrere Steuerbezirke zerlegt ist, nach Steuerbezirken getrennt einzureichen.

Die Verpflichtung zur Einreichung der Einkommensnachweisungen besteht auch für die Vorstände juristischer Personen und von Vereinen aller Art sowie für die Vorstände aller Stellen, Behörden und Anstalten des öffentlichen Dienstes hinsichtlich des Berufs-

oder Pensionseinkommens ihrer Beamten, Angestellten, Bediensteten sowie der Empfänger von Ruhegehältern, Witwen- und Waisenspensionen oder Unterhaltsbeiträgen, wenn der Jahresbetrag der Bezüge 24000 M. übersteigt.

Die Vordrucke zu den Einkommensnachweisungen sind von den Gemeindebehörden oder vom Finanzamt zu beziehen. Sie werden in der benötigten Anzahl, die vor der Abholung vom Arbeitgeber festzustellen ist, unentgeltlich abgegeben.

Bei Aufstellung der Einkommensnachweisungen sind sämtliche Beträge zu berücksichtigen, die dem Empfänger mit Rücksicht auf ein gegenwärtiges oder früheres Dienstverhältnis gezahlt worden sind, also neben Gehalt, Lohn, Ruhegehalt auch Zulagen- und Rinderzulagen, Zantien, Wirtschaftsbeteiligungen (laufende und einmalige), Gratifikationen, Unterstellungen, Dienstaufwandsentschädigungen (§ 34 Abs. 3 Einkommensteuergesetz) oder unter sonstiger Benennung gewährte Bezüge und geldwerte Vorteile.

Die Erfüllung der Verpflichtung zur Abgabe der Nachweisungen kann mit Geldstrafen bis zu 500 M. erzwungen werden (§ 202 der Reichsabgabenordnung).

Wer vorsätzlich unrichtige Angaben macht und dadurch bewirkt, daß Steuern verkürzt werden, wird wegen Steuerhinterziehung mit einer Geldstrafe im fünf- bis zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnis erkannt werden; versuchte Steuerhinterziehung wird wie die vollendete Tat bestraft.

Rossen, am 28. Januar 1922.

Das Finanzamt.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Die Konferenz der drei Außenminister von Frankreich, Großbritannien und Italien beginnt in Paris am 1. Februar unter dem Vorsitz Poincarés.

\* Die französische Presse verhält sich zu der deutschen Note an die Reparationskommission ablehnend, die englische findet Worte der Anerkennung.

\* Über die neuen Forderungen der Eisenbahner soll am Mittwoch in Berlin verhandelt werden. Man hofft, daß der Streik vermieden wird.

\* Die sowjetrussische Delegation auf der Konferenz von Genoa wird unter der Führung Lenin stehen.

\* Der Südpolarforscher Shackleton ist im 47. Lebensjahre an Bord seines Schiffes gestorben.

\* Der Dollar notierte an der Berliner Montagbörse mit 208,54 Mark.

### Das deutsche Programm.

Pünktlich, wie es ihr vorgeschrieben war, hat die deutsche Reichsregierung auch die neueste Auflage der Reparationskommission, die Herrn Dr. Rathenau in Cannes mit auf den Weg gegeben war, erfüllt. Wenigstens der Form nach. Die deutsche Note mit den geforderten Vorschlägen für die anderweitige Regelung der Zahlungs- und Leistungsverpflichtungen des Jahres 1922 ist rechtzeitig in Paris eingetroffen, insofern haben also die Franzosen keinen Grund zur Klage.

In der Sache aber sind sie unzufrieden, höchst unzufrieden. Sie legen die Stirn in Falten und machen bedenkliche Gesichter. Man soll glauben, daß sie erwartet hätten, die deutsche Regierung werde statt eines langatmigen Schriftstückes kurz und bündig in runden netten Summen mitteilen, was sie leisten können, und in knappen Sätzen hinzufügen, was für weitere Garantien für den gewährten Zahlungsaufschub oder für die abgeänderten Zahlungsbedingungen sie zu leisten bereit sei. Statt dessen wieder einmal eine der nun schon hinreichend bekannten Noten, mit den eben so oft gehörten Auseinandersetzungen über den unbilligen Zusammenhang deutscher Leistungsfähigkeit, deutschen Wirtschaftslebens mit dem Stande der internationalen Wirtschaft und Politik. Allenfalls dazwischen gestreut einige handlichere Brocken, die den Eindruck bestimmter Angebote machen sollen, im allgemeinen aber nur ein Schriftstück mehr in dem schier endlosen Meinungsaustausch zwischen Siegern und Besiegten über die Vertiefung der Wunde, die man sich im Versäueren Friedensverträge so hübsch appetitlich zurechtgeschuldet hatte. Der „Zeit Parisien“, eines der maßgebenden Sprachrohre der auswärtigen Politik Frankreichs, findet, daß die deutsche Note im ganzen nichts weiter als eine Entstellung des Projekts der Alliierten von Cannes bedeute. Herr Dubois, der Vorsitzende der Reparationskommission, hat bereits Herrn Poincaré über die Sache Vortrag gehalten und soll dabei seiner Enttäuschung, seiner Verlegenheit und seiner Beunruhigung Ausdruck gegeben haben. Was jetzt von der Kommission verlangt werde, gehe eigentlich über ihre Zuständigkeit hinaus. Die Regierungen würden selbst weitere Entscheidungen zu treffen haben, was natürlich ein Einverständnis zwischen Frankreich und England voraussetze — womit keine besonders angenehme Perspektive gegeben ist. Denn die Franzosen können die Wichtigkeit des Ausspruchs, den Lord Grey kürzlich in Edinburgh getan hat, nicht bestreiten, daß das Vertrauen zwischen französischer und britischer Regierung noch niemals seit dem Jahre 1914 so gering gewesen sei wie in diesem Augenblick. Schon liegt in der Tat aus London eine Pressestimme vor, die Kreisen von Lloyd

George nahe steht, wonach man den Inhalt der deutschen Antwortnote als befriedigend bezeichnen könne, eine Auffassung, die sich vermutlich bei näherem Studium der deutschen Vorschläge nur bestätigen wird.

Selbstverständlich konnte die deutsche Regierung in ihrer dem Berliner Vertreter der Reparationskommission übergebenen Note nicht darauf verzichten, die Frage der Jahresleistungen von 1922 mit der Möglichkeit der Lösung des gesamten Reparationsproblems in Verbindung zu bringen. Nur wenn die deutsche Finanzwirtschaft wieder in Ordnung zu bringen ist, wird Deutschland auch den ihm auferlegten oder den von ihm zu übernehmenden Jahresleistungen genügen können. Damit ist gesagt, daß auf längere Zeit hinaus Vorsorge getroffen werden muß, und zwar mit größter Beschleunigung, da die andauernde Ungewißheit über die zukünftige Entwicklung der gesamteuropäischen Lage hemmt und lähmt. Ohne die Wiederherstellung seines auswärtigen Kredites wird Deutschland die ihm obliegenden Reparationsleistungen nicht erfüllen können. Man weiß aber zur Genüge, daß es zuletzt weder im Inland noch im Ausland Kredit genießt. Also muß in erster Reihe eine große Reparationsanleihe durch internationales Zusammenwirken möglich gemacht werden. Für die notwendige Ordnung seines eigenen Haushalts muß inzwischen Deutschland, was sich im Augenblick im läßt. Die Ausgaben werden nach Möglichkeit eingeschränkt, die Einnahmen nach Kräften erhöht — siehe das neueste Steuerkompromiß! — jedoch für 1922 sogar mit einem Überschuß von 16½ Milliarden Papiermark im ordentlichen Haushalt gerechnet wird. Die Regierung will darüber hinaus den Versuch einer inneren Anleihe unternehmen, trotz des Mißerfolges der Sparprämienanleihe und, unabhängig davon, zur Aufhebung seiner Zwangsanleihe schreiten.

Nach auf die Gründe für den Rückgang des Marktwertes kommt die Note abermals zu sprechen. Da der Wert unserer Ausfuhr von rund 10 Milliarden Goldmark im Jahre 1913 auf rund vier Milliarden gefallen ist und wir eine passive Zahlungsbilanz von rund zwei Milliarden Goldmark aufzuweisen haben, kann eine anhaltende Festigung der Mark im Auge erwartet werden, und jede erhebliche Zahlung in Devisen muß eine neue Erschütterung des deutschen Wirtschaftsmarktes mit sich bringen. Daraus ergibt sich die Folgerung, daß Deutschland mindestens für 1922 von allen Reparationsleistungen in bar befreit werden muß. Wenn aber diese wirtschaftliche Notwendigkeit hinter politischen Rücksichten zurücktreten muß, wie die Vorgänge in Cannes bezeugen lassen, so sollte zum mindesten mit geringeren Barzahlungen, als dort vorgesehen, vorkieb genommen werden. Die deutsche Regierung schlägt deshalb einmal Anrechnung der Barzahlungen und Sachleistungen vor, die auf die Fälligkeiten vom 15. Januar und 15. Februar schon bewirkt sind und noch bewirkt werden. Ferner Verrechnung der Befreiungskosten auf die Gesamtleistungen dieses Jahres, und drittens Zurückführung der sonstigen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag, insbesondere diejenigen aus dem Ausgleichsverfahren auf ein erträgliches Maß. Umso bereitwilliger würde dem Deutschland mit Sachleistungen im Wiederherstellung der zerstörten Gebiete auf dem Plan sein.

Wunder wirken werden diese Vorschläge der Regierung gewiß nicht. Aber die Zeit der Wunder ist wohl endgültig vorüber, und wer mehr von Deutschland erwartet haben sollte, würde schwerlich als berufener Sachkenner auf dem Gebiete gelten können. Nur wer guten Willens ist, wird aus den deutschen Darlegungen die richtigen Folgerungen zu ziehen verstehen. Ob aber die Zeit des guten Willens schon gekommen ist?

### Platonische Friedensliebe.

Washington — Völkerbund — Schutzvertrag

Man spricht innerhalb der Entente viel und schön vom dem geliebten Frieden, aber man scheut sich, wie ein schäferliches Mädchen, dem so schufsiglich Verehrten wirklich einmal einen Schritt näher zu treten. Es bleibt zumeist bei einer platonischen Liebe. So will z. B. die Konferenz von Washington nur schwer zu einem Endergebnis kommen. Sehr glaubt man in Washington, der Hauptzweck, den sich die Konferenz gesetzt hat, werde erreicht sein, wenn man über die Befestigung der Inseln im Stillen Ozean, über die man immer noch die Antwort von Tokio erwartet, und über die Frage von Schantung, in der schon verschiedene Einzelabkommen getroffen wurden, ins Reine gekommen ist. Wie wenig aber im großen und ganzen die Konferenz ihr Ziel erreicht hat, geht schon daraus hervor, daß eine neue internationale Abrüstungskonferenz unter Beteiligung Englands, Japans, Frankreichs, Italiens und Amerikas bereits ins Auge gefaßt ist.

Den Hauptwiderstand gegen die Wahrung hat bekanntlich Frankreich geleistet. Für die Denkwürdige der Franzosen ist bezeichnend, was der französische Delegierte beim Völkerbund, Abg. Roblemaire, über die Arbeiten des Völkerbundes im Jahre 1921 sagte. Er bedauerte, daß dem Völkerbunde heute noch drei der größten Weltmächte fernstehen. Gemeint sind Amerika, Rußland und Deutschland. Interessant aber ist, wie er diesen Zustand erklärt. Er meint nämlich, solange der französisch-deutsche Friede nicht über die Theorie und den Buchstaben hinaus gelangt, solange Deutschland sich nicht für besiegter erklärt und abgerüstet habe, solange seine Zahlungen nicht gewährleistet sind, werde der Völkerbund nur neben dem Obersten Rat und der Vorkonferenz stehen müssen. Also selbst für einen der wenigen Franzosen, die dem Völkerbund die oberste Weltregierung wünschen, ist Deutschland der eingebildete Sündenbock, der dieses Ziel nicht erreichen läßt.

Deshalb legt man in Frankreich auch weniger Wert auf den Friedensgedanken als auf Sicherungen gegen neue Kriegsausbrüche, besonders auf das englisch-französische Schutzabkommen. Die englische Regierung wird sich angeklagt damit einverstanden erklären, dem Vertrag Gegenseitigkeitscharakter zu verleihen, sowie ihn auf 30 Jahre auszudehnen, dagegen will sie nicht auf eine Militärkonvention in der von der französischen Regierung gewünschten Form eingehen. Sie beabsichtigt, daß französische Abkommen zwischen den beiden Generalsäulen abzulehnen. Endlich ist man verschiedener Ansicht darüber, wann der Kriegsausbruch als gegeben anzusehen ist. Die Verhandlungen werden daher zum großen Leidwesen der Franzosen wohl noch sehr fühlbare Meinungsverschiedenheiten zutage fördern, was sich wohl vermeiden ließe, wenn alle Beteiligten ihre platonische Friedensliebe in ein ernsthaftes Streben nach Ordnung und Gerechtigkeit umwandeln wollten.

### Reform der Reichspost.

Die Pläne des Reichspostministers

Im Reichsverkehrsbeirat der Postverwaltung vertrat sich Reichspostminister Gieseler über die gegenwärtige Lage im Postwesen und entwickelte ein Programm zur Verbesserung der Zustände, das im wesentlichen besagt:

Die Hauptgründe der großen Verluste in den letzten Jahren sind die alle Dienstzweige noch stark belastenden Folgen des Krieges, das sprunghafte Anwachsen der Personalkosten und fälschlichen Ausgaben und nicht zum wenigsten das Zurückbleiben der Post. Telegraphen- und Be-

hätten hinter der Geldentwertung. Der Personalbestand ist von 266 400 auf 426 100, also um 159 700 Köpfe gestiegen. Die Zunahme hat schon im Krieg begonnen. Ferner machte der Minister verantwortlich für die „Aufblähung des Personalbestandes“ die Ausdehnung des Urlaubs, die Zunahme der durchschnittlichen Krankheitsdauer, vor allem aber die „schematische Durchführung des Abwärtentages“. Die Verwaltung habe schon umfangreiche Entlassungen vorgenommen. Der Arbeitswille des Personals habe sich gehoben, aber den alten Stand noch nicht wieder erreicht.

Aber die Wirkungen der neuen Gehälternordnung teilte der Minister mit, daß in einzelnen Berufsgruppen ein Rückgang eingetreten sei, der sich aber nicht gleichmäßig äußere. Im Fernsprecherwerb ist eine Entlassung der stark belasteten Fernlinien bis jetzt nicht eingetreten, die Abnahme im Orts- und Nahverkehr entspricht den Erwartungen. Die Zahl der Kündigung von Anstellungen ist sehr gering.

Der Minister vorbereitete sich dann über die getroffenen Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilgung der Verwaltung. Auf dem Gebiet des Personalwesens sei das Ziel die volle Inanspruchnahme der Arbeitskräfte. Seit September 1921 wird die Dienstbereitschaft nur zur Hälfte auf die Arbeitszeit angerechnet. Höher bezahlte Kräfte werden fortgesetzt durch Beamte mit einfacherer Vorbildung und geringerer Bezahlung ersetzt. Bei dem ganzen Werke der Vereinfachung und Verbilgung soll der kaufmännische Geist voll zur Geltung kommen.

## Politische Rundschau. Deutsches Reich.

### Entdegerung der Rhein- und Saarländer in Berlin.

Am Sonntag hatten die Berliner Verbände der Rhein- und Saarländer ihre Mitglieder und Landsleute in den Rheingoldsälen zusammenberufen, wo sie eine mächtige Demonstration gegen die Drangsale ihrer besetzten Heimat veranstalteten. Abgeordnete aller Parteien traten als Redner auf und bekamen einmütig die Treue ihrer Stammesgenossen zum deutschen Vaterlande. Den Vorsitz der Versammlung hatte Reichstagspräsident Lobe übernommen.

### Großbritannien.

× Ägypten unabhängig? Das Ägyptische Ministerium veröffentlichte eine Erklärung, in der es heißt, die britische Regierung habe sich bereit erklärt, das Parlament anzufordern, das Protektorat über Ägypten zu beenden, Ägypten als souveränen Staat anzuerkennen und der Bildung eines ägyptischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten zuzustimmen, wenn Ägypten folgende Bedingungen gewährt: Die britische Regierung muß volle und wirksame Garantien haben, erstens, daß die Reichsverbände sich nicht in die Angelegenheiten des Ägypten einmischen, zweitens, daß Großbritannien das Recht und die Macht zum Schutz der ausländischen Gemeinschaften in Ägypten behält, und drittens, daß Ägypten gegen jede unbefugte oder unmittelbare Einmischung oder gegen einen Angriff von außerhalb geschützt wird.

× Äquith für allgemeine Schuldenherabsetzung. Äquith erklärte in einer Rede, seiner Ansicht nach müsse im gemeinsamen Interesse der voneinander abhängigen Nationen der Welt eine sehr große Herabsetzung des Betrages der Forderungen erfolgen, die an die früheren Feinde gestellt werden. Dergleichen sei eine völlige Streichung der Schulden zwischen den europäischen Alliierten und Wiederherstellung der offenen Märkte und freien Beziehungen zwischen allen Ländern der Welt notwendig.

### Rußland.

× Eine lausische Union. Von den Vertretern der lausischen Republiken (Georgien, Armenien, Aserbeidschan, Nordkaukasus) ist den Regierungen der Entente mitgeteilt

worden, daß diese vier lausischen Staaten sich zu einer „Union“ zusammengeschlossen haben. Sie richten die Forderung an den Obersten Rat, in das System des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas die vier lausischen Republiken als wirtschaftliche Einheit einzuschließen, als ein Ganzes, das völlig abgegrenzt ist von Rußland.

### Aus In- und Ausland.

Berlin. Nach einer Mitteilung der Vossischen Zeitung gedenkt der Ernährungsminister Dr. Herms auf seinem Ministertag zu bleiben und nicht, wie kürzlich verlautete, als Botschafter nach Washington zu gehen.

Berlin. Die Demokraten brachten im Reichstage einen Antrag ein, den 11. August, den Tag des Inkrafttretens der Reichsverfassung, zum Nationalfeiertag zu erheben.

Paris. Nach dem „Matin“ wird Frankreich Österreich denselben Betrag als Darlehen gewähren wie England. Ingesamt löse Österreich einen Kredit von fünf Millionen Pfund Sterling erhalten.

Madrid. Die frühere Kaiserin Rita wird mit ihren Kindern gemeinsam die Reise nach Lisabon und Madeira antreten.

Belgrad. Um eine ständige Kontrolle über den entlassenen Karl von Habsburg zu ermöglichen, werden die Nachfolgestaaten für den Unterhalt des verbannenen Herrscherpaars gewisse Beiträge leisten, jedoch nur für die tatsächlichen Unterhaltskosten, um Karl und Rita von Habsburg außer Stand zu setzen, mit dem Gelde der Nachfolgestaaten gegen die geschaffene Ordnung zu konspirieren.

Moskau. Die Sowjetregierung wird demnächst neue Geheimdokumente der zaristischen Regierung veröffentlichen, aus denen die Schuld Poincarés am Weltkrieg hervorgeht.

New York. Auf Veranlassung des amerikanischen Justizdepartements ist der während des Rapp-Rufsches bekanntgewordene Lincoln Treiblich verhaftet worden, weil er ohne Genehmigung der zuständigen Stellen im November vergangenen Jahres nach den Vereinigten Staaten gekommen sei.

## Deutscher Reichstag.

(163. Sitzung.) C.B. Berlin, 30. Januar.

Nachdem der Reichstag seine kleineren Aufgaben ausgeführt hatte, begann heute die Etatsberatung. Die erste Lesung des

### Reichshaushaltsplans für 1922.

leitete Reichsfinanzminister Dr. Herms ein. Vor allem wies der Minister darauf hin, es sei das erste Mal seit Kriegsende, daß dem Reichstage der Entwurf eines Haushaltsplans vorzulegen werde, daß seine Verabschiedung vor Beginn des Wirtschaftsjahres möglich sei. Der Haushaltsplan für 1922, bemerkte der Minister, liege ganz unter den ungeheuren Lasten, die dem deutschen Volk durch Erfüllung des Friedensvertrages auferlegt sind. Während der Haushalt für die innere Verwaltung einen Überschuss von 16½ Milliarden ergibt, erfordert die Ausführung des Friedensvertrages 171 Milliarden. Der Versuch, die ungeheuren Lasten des Friedensvertrages im Jahre 1921 zu erfüllen, hat zur Zerrüttung des Marktes und unserer gesamten Währung beigetragen. Bevor die Reparationsfrage nicht in geeigneter Weise geregelt ist, kann von einer Gesundung der Finanzwirtschaft Deutschlands nicht gesprochen werden. Der Haushaltsplan der allgemeinen Reichsverwaltung wolle Steuern in einem Umfang aus, der in der Finanzgeschichte einzig dastehende. Denn fast

### 100 Milliarden Steuern im Rechnungsjahr 1922.

sollen aus der deutschen Volkswirtschaft herausgeholt werden. Angesichts dieser Rechenzahlen dürfen sich auch die Staaten der Entente nicht der Erkenntnis verschließen, daß Deutschland die höchsten Anstrengungen mache, um alles nur mögliche aus seiner Wirtschaft herauszuholen. Wenn in den Entente-Ländern behauptet wird, der Deutsche habe weniger Steuern zu zahlen als der Franzose und der Engländer, sei das irrig. Ein unberührter Deutscher, der ein Einkommen von 30 000 Mark hat, hat alleinstehend 2000 Mark Einkommensteuer zu zahlen, während ein entsprechendes Einkommen in England und Frankreich überhaupt einkommensteuerfrei bleibt. Durch die Kopfsteuer und Verbrauchssteuer ist das deutsche Volk außerordentlich überlastet. Die Reichsregierung ist auch seit langer

Zeit mit verschiedenen auswärtigen Regierungen in Verbindung getreten, um Steuerflucht und Doppelbesteuerung zu vermeiden. Die schwebenden Schulden betragen heute 250 Milliarden. Mit Steuern allein werden wir also nicht auskommen. Es wird eine Aufgabe der nächsten Zeit sein, festzustellen, in welchem Maße und in welcher Form die Zwangsanleihe ausgeschrieben werden soll. Die dreijährige Unverzinslichkeit ist ein Opfer des Besitzes und ein Beweis, daß das Reich unter Einziehung aller Kräfte bemüht ist, an dem Wiederaufbau der Welt mitzuarbeiten. Aber auch mit Hilfe der Zwangsanleihe wird es nicht gelingen, auch nur den Reparationshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Wir werden daher auch Versuche machen, eine freiwillige Anleihe auszunehmen. Hierfür wandte sich der Minister gegen verschiedene Angriffe des jetzigen französischen Finanzministers, der beispielsweise unsere Politik auf dem Gebiete der Lebensmittelpolitik gerügt hat. Die Regierung ist an den Abbau der Zuschüsse gegangen und hat die bestimmte Absicht, sie bis Ende 1922 gänzlich abzuhängen. Die Zahl sämtlicher Beamten, Angestellten und Arbeiter mit allen Hilfskräften beträgt heute im Deutschen Reich rund 740 000 gegen 301 000 im Jahre 1914. Das Mehr von 440 000 Köpfen erklärt sich aus dem Übergang der bayerischen und württembergischen Postverwaltung auf das Reich, aus der Übernahme der Eisenbahnen und aus der neuen Reichsfinanzverwaltung. Dadurch wurden

### 455 000 neue Reichsbeamte

geschaffen, so daß sich gegen 1914 im Grunde nur ein Mehr von 85 000 ergibt. Sodann ging der Finanzminister auf die Fürsorge des Reiches für die Beamten, sowie auf die Rohstoffförderung ein, betonte die fortwährende Arbeit für die soziale Lage der Beamten und wandte sich gegen die Streikpropaganda. Weiter wies der Minister auf die Fürsorge des Reiches für die Pensionäre, die Kleinrentner und die Erwerbslosen hin. Dann mahnte er zur Sparsamkeit. Eine scharfe Abgrenzung der Finanzen zwischen Reich und Länder ist dringend nötig. Die Ausführung des Friedensvertrages erfordert 148 Milliarden ordentliche und 140 Milliarden außerordentliche Ausgaben. Diese Lasten können sich noch steigern. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Produktion der deutschen Wirtschaft erheblich zurückgegangen ist. Wir wollen den kommenden Dingen, so schloß der Minister, ohne Optimismus mit Ruhe, aber im Vertrauen auf unsere Arbeitskraft entgegensehen.

Als erster Debattierender nach dem Minister Dr. Herms sprach der Abg. Scheidemann (Soj.). Er schilderte die Lage unseres Volkes als geradezu trübselig. Wir haben die ganze Schwere des „Wehe dem Besiegten“ in aller Härtheit auf uns tragen. Im Hinblick auf die innere Politik bemängelte Scheidemann die deutsche Rechtsprechung. Gewisse Urteile unserer Gerichte, meinte er, machten es uns fast unmöglich, an die Unparteilichkeit unserer Rechtsprechung zu glauben. Aus politischen Gründen würden große Prozesse jahrelang hinausgezögert werden. In einer Sitzung wurde behauptet, der deutsche Kronprinz hätte einen Harem in seinem Hauptquartier beherbergt. Als für die Wahrheit dieser Behauptung 1000 Zeugen angeboten wurden, unterstellte das Gericht diese Behauptung als wahr. Unerbittlich sei es, daß Scheidemann Richter ein Urteil mit der Überschrift „Im Namen des Böbels“ herausgegeben hätten. Weiter erwähnte der Redner verschiedene Vorgänge bei der Reichswehr, die nicht zu vereinbaren seien mit der Achtung, die man der Republik schulde. Dann ging er auf das Verhalten der in Leipzig angefangenen Rapp-Rufsch-Führer ein. Herr Rapp habe von der Reichsbank 10 Millionen haben wollen. Daher sei er um nichts besser gewesen als der Räuber Holz, der Millionen zu erpressen suchte. L u d e n b o r f f sei im November 1918 mit einer blauen Brille dahingekommen, diesmal, bei der Verhandlung in Leipzig sei er mit einem blauen Auge davon gekommen.

Weitere Ausführungen des Redners wandten sich gegen die deutsch-nationale Presse. Als er erwähnte, bayerische Deutsch-nationale hätten sich dafür erklärt, daß Bayern unter dem Protektorat Frankreichs sich vom Reich trenne, rief ihn Abg. Helfferich (Deutschn.) zu „Unerschämtheit“. Darauf erwiderte der Abg. Scheidemann: „Herr Helfferich, ich habe Sie von dieser Stelle aus als intellektuellen Mörder Erbbergers brandmarkt. Ich nehme Ihnen also diesen Jurist nicht abel.“ Der Redner schloß mit der Erklärung, der Wahn, daß die soziale Frage mit militärischen Machtmitteln gelöst werden könne, sei verfliegen. Aber dem abgeschlossenen Kapitel der deutschen Geschichte stehe die Überschrift „Ende des Büchsenkriegs“. Jetzt sei es Zeit, den von den Sondergerichten verurteilten Teilnehmern des mitteldeutschen Aufstandes Am n e i e zu gewähren. Seine

## Die Grafen von Freydeck.

55] Roman von A. Oskand.

Über dem zweifelhafte Fenstern stand ein altes, kleines Sofa, doch waren so viele der einfachen, hübschen Kissenpolsterchen, die man dergleichen um billiges Geld erbielt, darauf verteilt, daß es für zwei Personen einen höchst bequamen Ausruhesitz bot.

Daneben stand ein Tischchen, bedeckt von einer bunten Decke, der große, kupferne Samowar stammte bestimmt aus dem Hausrat der Urgroßmutter der Fürstin, so altertümlich war seine Form.

Aber er war blühend gepußt, und das Licht der einfachen Hängelampe spiegelte sich darin in hundert glühenden Reflexen.

Unter dem freihängenden Kesselchen glühte die blaue Spiritusflamme, und das Brodeln des Wassers bildete einen feinen, heimlichen Grundton zu dem wilden Aufrauschen der Waldbäume, welches hier und da herabdrang.

Ein weißes Röschchen voll feiner Backwerke, ein Paar bemalte Tassen, die silberne Zuckerdose — alles stand auf einem zweiten Tisch bereit für einen kleinen Imbiß. In schlanke, geschliffenen Gläsern blühten einige herrliche Rosen. Und zwischen all dem hantierte das junge Mädchen mit ihren feinen, weißen Händen, und ihre reizende Gestalt fügte sich schön und harmonisch in diese Umgebung.

Fritz Wentheim saß in der Sofaecke, und seine Augen ließen nicht von ihr, nicht einen einzigen kurzen Moment. Es war, als könne er sich nicht satt sehen an dieser Erscheinung voll von einer seltenen Lieblichkeit, als könne er den Frieden dieser Stunde gar nicht genug auskosten.

Hilda hatte sofort nach Georg gefragt. Aber er hatte sie bittern angefahren.

„Kind, ich habe mich so über alle Maßen nach dir geseht. Die erste Viertelstunde — nur diese — schenke mir! Dann sollst du alles, alles hören!“

Fritz Wentheim sah ganz still da und sah Hilda zu, und er dachte immer wieder, daß dies ein einziger, kurzer, schnell verfliehender Augenblick des Glückes sei. „Liebling! Mein Liebling!“

Er sprach das Wort immer und immer wieder hinein in die Stille ringsum. Und jedesmal kam das junge Mädchen ein wenig scheu und zögernd heran, schmiegte sich einen Augenblick zärtlich an ihn und bückte dann wieder fort, wie ein zarter, leichter Schmetterling.

Aber jetzt, da sie sich endlich still gegenüberfanden, jetzt hielt sie es nicht länger aus.

„Hast du — hast du Georg selbst gesehen?“ fragte sie bekommen.

Ein lächliches, fast mitleidiges Lächeln glitt um seinen Mund.

Wie weltunerfahren doch dieses Kind war! Er hatte es ihr doch schon oft gesagt, daß er unter fremdem Namen

und nur zu nachem Aufenthalt hier wieder aufgetaucht sei, daß ihn niemand erkennen dürfe und solle.

„Nun glaubte sie, er werde sich selbst mit Polizei und Gericht in Verbindung setzen!“

„Selbst sehen konnte ich Georg Gintler nicht,“ sagte Fritz Wentheim und legte seine Zigarre beiseite; „dazu müßte ich mich legitimieren, und das — das muß ich zu umgehen trachten.“

Aber ich lernte zufällig in einer Gesellschaft seinen Verteidiger kennen. Dieser erzählte mir, daß es Georg körperlich nicht gut ginge. Gott, Kind, erschrä dich nicht so sehr! Es ist ja nichts von Bedeutung.

Die Hoff, die furchtbaren Aufregungen erklären das doch zur Genüge, nicht? Ledrigens hoffte der Verteidiger, ihn durchzubringen. Freilich bei einem Geschworenengericht ist die Sache stets sehr unsicher; denn da entscheidet die Überzeugung des einzelnen. Deinen Brief habe ich heute an Georg „pendet!“

„Du hast selbst nichts dazugeschrieben?“

„Aber Kind! Du vergißt immer und immer wieder, daß ich schwerwiegende Gründe habe, hier in Oesterreich nicht erkannt zu werden.“

Du vergißt, daß dein Vater eigentlich längst tot ist und auch tot bleiben soll für alle jene, welche ihn bereinst lannien.“

„Und warum, Vater?“

Hilda Stimme zitterte ein wenig, als sie die Frage stellte. Sie fürchtete beinahe die Antwort.

„Warum?“ fragte er und strich sich mit der zitternden Hand das spärliche Haar aus der Stirn. Diese Frage hatte er kommen sehen und hatte sie fürchtet. Aber er blieb äußerlich ruhig.

„Du weißt doch, Liebling, daß die Familie Freydeck uns — deine Mutter und mich — stets mit ihrem Haffe verfolgte.“

Wir flohen dann vor ihnen bis in die Neue Welt und haben sorgsam alle Spuren hinter uns verwischt. Da ich aber noch im militärischen Alter war, bedeutet dies ein Vergehen gegen das Gesetz, welches strengstens bestraft wird. Begreiffst du das, Kind?“

Als unser Schiff Jahre später scheiterte und in der Vermittlung auch mein Name stand, aimete ich auf.

Wieder nach Amerika zurückgekehrt, verschaffte ich mir Dokumente mit angliertem Namen, was drüben nicht schwer ist; denn fast alle Einwanderer passen sich mit der Zeit den Schreibgebräuchen der neuen Heimat an.

Immerhin ist die Sache für mich sehr gefährlich, und niemals darfst du mich verraten, nie gegen deine Verwandten meinen Namen nennen!

Du weißt jetzt, was für mich auf dem Spiele steht: meine Freiheit — meine Ehre — alles!“

Hilda antwortete nicht. Das Bangen kam wieder über sie, das Bangen vor diesem seltsamen Manne, dessen Leben so vieles Geheimnisvolle und doch auch manches Unrecht barg.

Die Freydecks waren alle früher Soldaten gewesen, und der dem Kaiser geleistete Treuschwur galt ihnen als etwas Heiliges. Und ihr Vater war Militärattaché! Sie hatte ihren Großvater hier und da von den fluchtverurteilten Militärschlichter sprechen hören. Dies war immer nur im Tone tiefster Verachtung gesprochen. Sie begriff auch die große Gefahr, in welcher ihr Vater sich befand.

„Du hättest nie nach Oesterreich kommen sollen,“ sagte sie hastig. Er merkte es aus ihrem Tone, welchen Eindruck sein Geständnis auf sie gemacht hatte, und ein schneidendes Weh durchzuckte ihn.

Dieses Kind, das einzige Wesen, an dem er mit reiner Liebe hing, sollte an ihn glauben, es sollte nie erfahren, daß sein Vater noch anderes begangen hatte, als die Flucht aus dem Vaterlande, daß er drüben eine schwere Strafe verbüßt hatte, und daß er nun einer von jenen war, welche durch das Spiel leben.

In wirrer Hast zogen Bilder aus seiner letzten Vergangenheit an ihm vorüber. Hatte er nicht erst noch vor wenigen Tagen selbst in Nizza sein Glück versucht am grünen Tisch? O, er kannte die Tris genau.

Er zwang das Glück, auch wenn es nicht kommen wollte! Und er verstand es, aufzuhören, wenn er genug hatte, er behielt kaltes Blut, das war seine größte Kunst.

So hatte er auch diesmal viel, viel gewonnen. Für eine Weile genügte es wohl, um ihm die Lebensführung zu verschaffen, an die er sich allgemach gewöhnt hatte.

„Vater,“ fragte sie nochmals, „weshalb bist du zurückgekommen? Es ist doch eine ungeheure Gefahr für dich!“

Er lächelte bitter. War nicht seit Jahren sein ganzes Leben ein stetes Spielen mit Gefahren? Daran war er gewöhnt.

Und doch zögerte er mit der Antwort.

„Kind,“ sagte er endlich, „da ist vieles, was du noch nicht begreifen kannst! Was weißt du davon, wie einen Menschen das Heimweh packt? Wie er es einfach nicht mehr aushält in der Fremde?“

Und dann die Sehnsucht nach dir, Liebling! Die ließ mir nie, nie Ruhe. Ich kannte ja deinen Großvater! Ich habe Hugo von Freydeck seinerzeit hassen und fürchten gelernt. Und ich kannte die Unerschämtheit der Baronin von Berghaus.

Ich erfuhr von den Plänen deiner Anverwandten, dich in ein Kloster zu geben. Und als ich das hörte, da vergaß ich alle Rücksicht auf mich selbst.

Gesehen wollte ich wenigstens mein Kind haben, wollte wissen, ob es diesen schweren Schritt freiwillig unternahm. Ich mußte ja nichts von dir, aber eine Ahnung sagte mir, daß du mich vielleicht brauchtest.

Freilich kann ich nicht offen und frei hervortreten,“ fuhr Fritz Wentheim fort, „um dir zu helfen. Aber ich kann dir doch heimlich eine Stütze sein, ich kann dich liebhaben. Und — wer weiß — vielleicht kann ich dir auch noch einmal wirklich nützlich sein!“

Partei trete ein für den Frieden, die Republik und den Sozialismus.

Vizepräsident Dr. Nieber erklärte hierauf, die Bezeichnung eines Abgeordneten als intellektuellen Wörder widerspreche der parlamentarischen Ordnung.

Dann sprach der Wg. Dr. Reichert (Deutschl.). Gegen die Ausführungen Schelbemanns wandte er sich mit dem kurzen Bemerkten, von einem früheren Reichskanzler hätte man eine andere Staatsrede erwarten sollen, als man sie soeben vernommen habe. Der große Fehlbetrag des Staats müsse Bestrebungen erregen, nachdem man vorher gesagt hätte, daß alles in Ordnung sei. Zwischen Reichsregierung und Reichsrat bestehe ein Zwiespalt. Seine Partei stimme dem Vorschlage des Reichsrates auf Streichung des Reichsfinanzministeriums zu. Die Regierung scheint aber nicht dafür zu sein. Die Antwort der Regierung auf die Reparationsforderungen der Entente sei eine sehr lieberliche Arbeit. Sie behandle einfach die Papiermark als Goldmark. Die Produktion der deutschen Volkswirtschaft sei heute 30 bis 40 Prozent hinter dem Friedensstand zurück. Die Betrachtung der einzelnen Wirtschaftszweige biete ein noch trübteres Bild. Die weiteren Ausführungen des Redners beschäftigten sich eingehend mit den neuen Steuern und mit dem Erlaß, die Reichseisenbahn und die Reichspostverwaltung von den Gehältern zu befreien.

## Der drohende Eisenbahnerstreik.

Aussicht auf Beilegung.

Auf Grund eines Beschlusses, den eine Funktionärerversammlung der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner ohne vorangegangene Urabstimmung faßte, befürchtete man, daß bereits in der Nacht von Sonntag zum Montag ein allgemeiner Streik der Eisenbahner ausbrechen würde. Diese Aussicht ist jedoch nicht verwirklicht worden, besonders, da der Beschluß nicht formgerecht zustande kam. Anders stand es mit einem

Ultimatum der Reichsgewerkschaft,

in welchem die Forderungen des Deutschen Beamtenbundes vom 3. Dezember wiederholt und binnen 5 Tagen nach der Überreichung eine bindende Erklärung über deren Annahme oder Ablehnung verlangt wurden, wobei zugleich der Streik für den Fall der Ablehnung in Aussicht gestellt wurde. Ferner wurde die Zurückziehung der Einschränkungsfordern.

Die Regierung hat auf dieses Ultimatum hin erklärt, sie erwarte, daß jeder Beamte eine etwaige Aufforderung, in Streik zu treten, zurückweisen wird. Die Regierung wird mit den schärfsten Mitteln gegen jeden schuldigen Beamten einschreiten. Sie wird andererseits dem pflichttreuen Beamten mit allen Mitteln Schutz angedeihen lassen. Die Forderungen selbst wurden jedoch als unerfüllbar bezeichnet, da sie einen

Mehraufwand des Reiches von 50 bis 60 Milliarden verursachen würden. Auch der Berliner Eisenbahnpräsident erhief einen Aufruf, der in ähnlichem Sinne gehalten war. Der erweiterte Vorstand der Hochgewerkschaft 6 (Mittlere Beamte in gehobener Stellung) hat beschlossen, die Entschädigung der Reichsgewerkschaft mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen abzulehnen. Man darf heute hoffen, daß neue Verhandlungen, die nicht unter dem Druck des Ultimatus stehen sollen, zu einer Verständigung zwischen Regierung und Eisenbahnbeamten führen werden.

## Ernest Shackleton gestorben.

Die Südpolexpedition wird weitergeführt. Aus Montevideo kommt die Nachricht, daß der Südpolarforscher Sir Ernest Shackleton am 5. Januar an Bord seines Expeditionsschiffes „Quest“ (Forschung) an den Folgen einer Brustbräune plötzlich gestorben ist. Die Leiche so nach England übergeführt werden. Die von Shackleton begonnene Südpolarexpedition soll vom Kommandanten Bild weitergeführt werden.

Ernest Henry Shackleton ist nur 48 Jahre alt geworden. Er wurde im Jahre 1874 in Arklow (Irland) geboren und war zuerst auf Rauffahrtsschiffen tätig. 1904 wurde er Sekretär und Schatzmeister der Schottischen Geographischen Gesellschaft. Er beteiligte sich an der englischen Südpolarexpedition der „Discovery“ unter N. F. Scott und unternahm 1907 bis 1909 eine außerordentlich erfolgreiche zweite Südpolarexpedition auf dem Schiffe „Nimrod“, das von Neuseeland die Expeditionsteilnehmer nach Viktorialand führte und sie bei Kap Royds auf der Westküste der Rossinsel landete. Während einige erkrankte Teilnehmer nach Neuseeland zurückkehrten, führten die übrigen Teilnehmer mehrere große Schifffahrten in das Innere des Viktorialand und King Edward-Landes aus. Ende Oktober 1908 brach Shackleton mit drei anderen Forschern, unter denen sich der oben genannte Bild befand, zur großen Schifffahrt nach Süden auf und erreichte in 88° 23' süd. Breite und 162° östlicher Länge den südlichsten Punkt. Ein besonders großer Erfolg dieser Polarfahrt war die Erreichung des im Innern des Viktorialandes gelegenen magnetischen Südpols der Erde. Shackleton wurde damals nach seiner Heimkehr geehrt und hielt 1910 auch in Berlin einen Vortrag über seine Expedition.

Selbter wurde die Entdeckung des Südpols zu einer Art Wettbewerbs zwischen mehreren Forschern, aber es war nicht Shackleton, der aus diesem Kampf als Sieger hervorging, sondern der Norweger Amundsen. 1914 trat Shackleton auf der „Nimrod“ eine neue Fahrt an, die drei Jahre dauerte, ohne daß das Ziel erreicht wurde. Die jetzige Forschungsreise begann am 13. August 1921 von Southampton aus. Sie war von Anfang an von großem Mißgeschick begleitet und wurde immer wieder von unvorhergesehenen Hindernissen unterbrochen. Shackleton hat seine Forschungsfahrten in mehreren Werken, die auch ins Deutsche überleitet wurden, ausführlich geschildert.

## Furchtbare Theaterkatastrophe in Amerika.

Zahlreiche Tote und Schwerverletzte.

Ein furchtlicher Schneesturm, einer der gefürchteten „Blizzards“, wie man diese winterlichen Wirbelstürme nennt, wüthete am Abend des 28. Januar in Washington und verursachte eine furchtbare Katastrophe. Die Schneemassen drückten das Dach des Knickerbocktheaters, in dem eine Kinovorstellung stattfand, ein. Im Saale befanden sich über 500 Personen, denen zunächst keine Rettung gebracht werden konnte, da die Retter sich nur schwer durch die Schutt- und Schneemassen durcharbeiten konnten. Die Zahl der Todesopfer dürfte 50 übersteigen, die Zahl der Schwerverletzten ist weit größer. Vermisste Schätzungen sprechen von 125 Toten. Hunderte von Verletzten lagen unter Massen von Eisen, Beton, Stahl und Holz, und viele Personen veranlaßten ihre Rettung einzig und allein dem Umstande, daß das Dach teilweise von den Stählen gestützt wurde.

Es gibt in Amerika mehrere Theater mit dem Namen Knickerbocktheater (Knickerbocker war der Spitzname der ersten Holländer, die nach New York kamen, und der be-

rühmte amerikanische Schriftsteller Washington Irving schrieb seine humoristische Geschichte der Stadt New York unter dem Namen Diederich Knickerbocker), und die ersten Nachrichten über die Theaterkatastrophe lauteten so unbestimmt, daß man annahm, das viel bekanntere Knickerbockertheater am Broadway in New York sei gemeint. Das hat sich jedoch bald als falsch erwiesen.

Washington ist infolge ungeheurer Schneestürme zeitweilig von allen Verbindungen mit der Außenwelt abgeschnitten, da die Stürme den ganzen Eisenbahnverkehr lahmgelegt haben.

## Welt- und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder sächsische Kronen, 100 Schweizerische, belgische und französische Franc, 100 holländische Gild, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ — angeboten; „Geld“ — gesucht.)

Währungsart	30. 1.		28. 1.		Stand l. S. 14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland . . . Guld.	7492,50	7507,50	7357,60	7402,40	170 Mk.
Dänemark . . . Kron.	4055,90	4064,10	4005,95	4014,05	112 "
Schweden . . . Kron.	5119,85	5190,15	5044,95	5055,05	112 "
Norwegen . . . Kron.	3198,80	3203,20	3151,80	3158,20	112 "
Schweiz . . . Franc	3981,00	3989,00	3908,05	3913,95	72 "
Amerika . . . Doll.	203,54	203,96	205,04	200,46	4,40
England . . . Pfd.	834,10	835,90	852,60	854,40	20,20
Frankreich . . . Franc	1873,30	1876,70	1848,35	1851,65	80 "
Belgien . . . Franc	1598,40	1601,60	1578,40	1581,60	80 "
Italien . . . Lire	905,05	906,95	886,80	888,40	80 "
U.-Osterr. . . Kron.	8,15	8,22	8,28	8,32	85 "
Ungarn . . . Kron.	29,87	29,93	29,77	29,83	85 "
Tschechien . . . Kron.	897,10	897,90	896,10	896,90	85 "

Berlin, 30. Januar. (Stand der polnischen Mark.) Polenmark an der heutigen Börse mit 6,05 W. bewertet.

\* Goldankaufspreis. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und die Post erfolgt in der Woche vom 30. Januar bis 5. Februar d. J. unverändert zum Preise von 790 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 390 Mark für ein Zehnmarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

\* Die diesmalige Preisänderung für Kohlen hat der Reichshofrat mit durchschnittlich 50 Mark die Tonne Steinkohle ohne Steuer festgesetzt. Für verschiedene Reviere erfolgen höhere Zuschläge. Im gleichen Ausmaß wurde auch einer Preisänderung für Braunkohlen zugestimmt. Das mitteldeutsche Braunkohlenprodukt erhöht den Preis für Rohbraunkohlen um 10,80 Mark und für Briquets um 34,40 Mark, das sächsische Revier den Preis für Rohbraunkohle um 15,45 Mark und für Briquets um 34 Mark, die Forster und die Göttinger Gruppe den Preis für Rohbraunkohle um 10,80 Mark und für Briquets um 34,40 Mark. Bei dem rheinischen Braunkohlenprodukt beträgt die Preisänderung 45 Mark für Briquets und 15 Mark für Rohbraunkohle. Im Februar soll die Regulierung der Kohlenpreise im einzelnen mit wesentlicher Erhöhung erfolgen.

## Neueste Meldungen.

Die Flucht Dittmars.

Raumburg. Die Leute, die dem gefangenen Oberleutnant Dittmar zur Flucht verhelfen, drängen mit Hilfe von Leitern und Tauen in den Gefängnishof ein. Dittmar, dessen Zelle im zweiten Stock lag, lag an einem verschütteten Bettuch eine starke Stahlsäge darauf und zerlegte das starke Gitter. An einem dünnen Seil ließ er sich herab. Dieses riß in halber Höhe und er stürzte etwa sechs Meter tief ab, konnte aber von seine drei oder vier Begleitern in der dunklen Nacht im Auto entführt werden.

Strandung eines deutschen Dampfers.

Deer. Der hiesige Segler „Habe“ ist an der Ostküste Schottlands gestrandet. Die gesamte Mannschaft soll gerettet und an Land gebracht sein.

Eröffnung der Effektenbörse in Petersburg.

Riga. In Petersburg fand die feierliche Eröffnung der Effektenbörse statt, was als wesentlicher Schritt der Abkehr vom Wege der bisherigen Bolschewistenrepublik angesehen wird.

Entsetzliche Zustände in der Krim.

Charkow. Aus der Krim wird berichtet, daß sich die Hungertendenzen zusammenrotten und die Dörfer überfallen, daß sich die Lebensmittel zu erheben. Ein Pfund Schwarzbrot kostet 40 000 Rubel. Eine ähnliche Lage herrscht in der Umgebung von Charkow und Nikolajew. Von allen Seiten der Ukraine wird der Andrang der Cholera gemeldet. In Charkow wurden mehrere 30 Fälle, in Kiew gegen 270 festgestellt. Die Sterblichkeitsziffer beträgt annähernd 30 Prozent.

Mehrheitsmeinung in Amerika für Genua.

Paris. Nach einer Meldung aus New York haben sich auf eine Umfrage eines Rates eine Anzahl von Gouverneuren, Bürgermeister, akademischen und anderen hervorragenden Persönlichkeiten mit überwältigender Mehrheit für die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz von Genua ausgesprochen. Im Repräsentantenhaus sei die Mehrzahl der Mitglieder den Argumenten für eine Teilnahme zugänglich.

## Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 31. Januar.

Wilsdruff, am 31. Januar.

□ Persönlichkeit. Unser Volk braucht Persönlichkeiten in allen seinen Schichten, Menschen mit Einsicht und Verantwortungsgewissen. Nur solche, die in ihrem engeren Kreis Lehrer und Vorbild sind, können unsere Volksgemeinschaft zu moralischer Gesundheit führen. Nichts färbt so hart auf den Menschen ab wie der Charakter seines Umganges. Man nimmt von diesem die Ansichten, Eigenschaften und teilweise sogar die äußeren Manieren an. Eine fertige Persönlichkeit ist gewissermaßen das Rosakorn aus vielen Menschen, die im Laufe der Jahre an ihr vorübergehen. Daran muß man denken und danach seinen Umgang einrichten. Wenn es aber Ernst ist mit dem Willen, die Menschheit glücklicher zu sehen als sie gegenwärtig ist, der denke daran, daß sein Leben ein Beispiel ist für andere, und daß er es deshalb führen muß als Vorbild. Auch Bücher verändern unser Wesen, denn aus ihnen sprechen Menschen einbringlich zu uns, die wir nie von Angesicht zu Angesicht zu sehen bekommen. Manche Leute wirken auf uns wie stärkende Arznei oder wie ein erfrischender und neubehender Luftzug. Unter dem anregenden Einfluß ihrer Gegenwart können wir Dinge sagen und tun, die uns unter anderen Umständen unmöglich wären. Andere dämpfen unsere Begeisterung, nehmen allen Schwung, brücken nieder und lassen uns bis ins innerste Herz erstarren; es geht eine Atmosphäre von ihnen aus, die das Denken erlahmen und die Sprache verkümmern läßt. Es sind die Bewölke der alten Sagen. Man halte sich fern von ihnen und lege ihrem verderblichen Einfluß betwacht den Willen zum Guten entgegen.

□ Himmelserscheinungen im Februar. Die Zunahme der Tageslänge macht sich jetzt schon ganz bedeutend bemerkbar. Die Auf- und Untergangzeiten der Sonne sind am 1. Februar 7 Uhr 45 Minuten und 4 Uhr 43 Minuten, am 11. Februar 7 Uhr 28 Minuten und 5 Uhr 2 Minuten, am 21. Februar 7 Uhr 8 Minuten und 5 Uhr 21 Minuten, am 28. Februar 6 Uhr 53 Minuten und 5 Uhr 34 Minuten.

— Den Mond sehen wir zu Anfang des Monats als schmale zunehmende Sichel; er erreicht am 5. das erste Viertel. Am 12. haben wir Vollmond, am 18. letztes Viertel und am 26. Neumond. — Von den Planeten wird der Merkur nach wenigen Tagen unsichtbar, um erst wieder Anfang Mai zu erscheinen. Die Venus, die am 11. in obere Konjunktion zur Sonne kommt, ist nicht zu beobachten. Dagegen ist der Mars noch etwa vier Stunden am Morgenhimmel zu finden. Der Jupiter, der abends immer früher aufgeht, ist Anfangs 7 1/2, später etwa 8 1/2 Stunden sichtbar. Desgleichen nimmt die Sichtbarkeit des Saturns weiter zu; er ist zunächst 8 1/2 Stunden, am Ende des Monats etwa 9 1/2 Stunden zu beobachten.

— Ernennung. Obersteuerinspektor von Heßdorf beim Finanzamt in Roffen ist durch den Reichspräsidenten zum Steueramtswann ernannt worden.

— In den Lindenklöppchen-Vichtspielen vom morgen Mittwoch abend ein ergreifendes Spiel von Liebe und Leid zur Vorführung, betitelt „Die goldene Krone“ nach dem gleichnamigen Roman von Olga Wohlbrück.

— Erwerbslosenunterstützungen in hiesiger Stadt. Im Monat Januar 1922 sind an insgesamt 113 Personen laufende Erwerbslosen- und Kurzarbeiterunterstützungen im Betrage von 16245 Mk. 89 Pf. ausgezahlt worden. Die Zahl der unterstützten Personen setzt sich zusammen aus 46 Erwerbslosen und 64 Familienmitgliedern (Ehefrauen und Kinder) und die Zahl der Kurzarbeiter beträgt 3.

— Kann man sich gegen die Grippe schützen? Die Schriftleitung der „Medizinischen Klinik“ hat eine Rundfrage bei verschiedenen Ärzten Deutschlands über die Grippe veranstaltet, besonders über die Frage, ob man sich gegen die Grippe schützen kann. Die Antworten lauten fast durchweg dahin, daß die Ärzte keinen sicheren Schutz gegen die Ansteckung kennen.

— Die Preise sinken — im Auslande. Die Teuerung geht im Auslande fast ununterbrochen zurück, während sie in Deutschland und Deutschösterreich immer stärker wird. Besonders in den neutralen Staaten sind die Lebenshaltung immer billiger. Setzt man die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Seife 1914 auf 100, so betrug sie in der Schweiz im März 1921 zwar 240, im Dezember aber nur noch 198. In Amsterdam fielen die Ausgaben für Ernährung von Januar bis November von 199 auf 159, in Schweden für Ernährung, Heizung und Beleuchtung von 285 auf 211, in Norwegen für Ernährung von 334 auf 281. In den Vereinigten Staaten fielen die Ausgaben für Ernährung von 169 auf 159, in England bis November von 263 auf 195, in Paris von 410 auf 326, in Belgien bis Oktober von 493 auf 434, in Deutschland fielen die Ausgaben dagegen von Januar bis Dezember von 1265 auf 2088.

— Der Vorortverkehr ist in einer am 26. Januar in Berlin abgehaltenen Sitzung lebhaft erörtert worden. Es hatten Delegierte gesandt die Stadtverwaltungen bezw. Interessentengruppen von Berlin, Dresden, Leipzig, Breslau, Nürnberg, Karlsruhe, Köln und Stuttgart, der Reichsstadtbund und der Bund Deutscher Verkehrsvereine. Der Vorortverkehr hat viele Schattenseiten; vor allem wird seine Verbilligung und Verbesserung angestrebt. Man wählte einen Ausschuss für Vorortverkehrsfragen, der sich innerhalb des Bundes Deutscher Verkehrsvereine als selbständig arbeitendes Organ betätigen wird. Beim vorläufigen Reichswirtschaftsrat besteht ein Ausschuss für Siedlungs- und Wohnungswesen, der einen Arbeitsausschuss zur Prüfung der Vororttarife eingesetzt hat. Mit diesem Ausschuss hat sich der Ausschuss für Vorortverkehrsfragen bereits in Verbindung gesetzt. Man berichtet, es sei eine erfreuliche Ueberstimmung der Anschauungen festgestellt worden. — Das läßt sich hören, bis zur Realisierung von fühlbaren Erleichterungen im Vorortverkehr ist aber sicher noch ein weiter Weg. Vorläufig ist der auf den Vorortverkehr Angewiesene noch hart betroffen; die Preise der neuen Monats- und Arbeiterkarten sind ein sprechender Beweis dafür.

— Entlassungen bei der Reichseisenbahn. Nach einer Verfügung des Reichsverkehrsministeriums müssen im Bereiche der deutschen Reichseisenbahnen über den natürlichen Abgang hinaus bis zum 31. März d. J. 20 000 Arbeiter entlassen sein. Hiervon entfallen auf Preußen und Hessen 15 000, auf Bayern 1800, auf Sachsen 1400, auf Württemberg 600 usw. Von den 20 000 zu Entlassenden entfallen 6000 auf die Werkstätten; hierbei sollen die Lehrlinge, die am 1. April ausgearbeitet haben und die Eisenbahn verlassen, mitgezählt werden.

— Wahlen der Kirchengemeindevertretungen. Nach der Kirchengemeindeordnung, die am 1. April d. J. in Kraft tritt, sind bald die neuen Kirchengemeindevertretungen in allen Orten Sachsens zu wählen. Diesen Körperschaften liegt nicht nur die Erledigung der wichtigen Angelegenheiten der Kirchengemeinde ob, sondern auch die Wahl zur Landessynode. Sie sind deshalb von großer Bedeutung für die Zukunft der Landeskirche. Jedes in die Wählerliste eingetragene Gemeindeglied hat darum die unbedingte Pflicht, zu wählen.

— Gefährdung der Produktionssteigerung. Der Landeslandrat veröffentlicht folgenden Notruf. Der wichtigste Faktor für die Hebung der Erträge der Landwirtschaft sind die künstlichen Düngemittel. Die Landwirtschaft ist bereit, dieses Hilfsmittel in großen Mengen anzuwenden. Sie hat sich auch daran gewöhnt, die Bestellungen rechtzeitig aufzugeben, um in der Lage zu sein, die Düngestoffe dem Boden rechtzeitig einzuverleiben. Bedauerlicherweise vermag die Eisenbahnverwaltung in einer Weise, die die Bestrebungen zur Förderung der Produktion geradezu in Frage stellen. Nach Angaben des Stickstoffindikators wurden diesem im September nur 57 Prozent, im Oktober nur 45 Prozent, im November nur 29 Prozent und im Anfang Dezember sogar nur 2 bis 3 Prozent der angeforderten und notwendigen Wagen gestellt. Die Werke sind mit Aufträgen überhäuft, auch liegt die Ware zur Absendung bereit, es fehlen lediglich die Eisenbahnwagen. Wenn hier nicht sofort Abhilfe erfolgt, so muß im kommenden Ernte-

jahr mit einem Verlust von Millionen Tonnen Kartoffeln, Getreide und anderen unentbehrlichen Nahrungsmitteln gerechnet werden.

— **Warum werden so wenige Wohnungen gebaut?** Weil vielen die Vergünstigung, die in der Landesverordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 8. Januar 1921 enthalten ist, nicht bekannt zu sein scheint. § 27 dieser Verordnung besagt, daß die Wohnungen, die nach dem 1. Februar 1921 neu errichtet werden, der Zwangswirtschaft nicht unterliegen, daß man über diese also frei verfügen und die Mietpreisbildung rentabel bemessen kann. Diese Vergünstigung wird, weil sie nicht besonders hervorgehoben ist und weil viele die Menge der Paragraphen von Verordnungen nicht so genau durchlesen, der Öffentlichkeit zweifellos entgangen oder nicht so recht zum Bewußtsein gekommen sein. Die Erleichterung des § 27 der besagten Verordnung bringt aber ganz wesentliche Erleichterung für alle Bauwilligen, die sich bisher durch die Zwangsbestimmungen vom Bau abhalten ließen.

— **Total-Erfindungs-Schau.** Vom Patentbureau Krueger, Dresden-A. Auskünfte an die Leser kostenlos. — **Alfred Heger, Rabenau:** Modellschlitten mit von einer Steuerklinge aus durch Zug bewegten Dremsklauen. (ausgel. Pat.) — **Otto Barthel jr., Hähnchen:** Aschenbecher. (Gm.) — **Hermann Rüdiger, Freital-Deuben:** Wareneinfuhrmerkmal mit Geldtasche. (Gm.) — **Richter & Nordmeier, Deuben:** Vorrichtung zum Schleifen von Drehbankspitzen. (Gm.)

— **Weiskropp.** Nach Begrüßung und Einführung der neugewählten Gemeinderatsmitglieder in ihr Amt durch den Gemeindevorstand fand in der letzten Sitzung des Gemeinderates die Wahl des Gemeindevorstandes statt. Vorgeschlagen war von Seiten der Bürgerlichen Wählervereinigungen, von Seiten der Sozialdemokraten Herr Lucas Da auf jeden der beiden Vorschläge 4 Stimmen fielen, mußte das Los entscheiden. Es entschied zugunsten des Bürgerlichen. Nachdem ein sozialdemokratischer Antrag auf Neubildung eines Haupt- und eines Fürsorgeausschusses angenommen worden war, fanden die Wahlen für die einzelnen Ausschüsse statt. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, die Öffentlichkeit der Gemeinderatsitzungen herzustellen, wurde mit 5 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

— **Deuben.** Wie weit unsere heutige Jugend in Bezug auf Sittlichkeit gesunken ist, beweist folgender trauriger Vorfall: Zwei Weiblicher Damen wurden von mindestens zehn „Herren“ im Alter von 20 bis 22 Jahren, verfolgt. Die beiden Damen besuchten die Konditorei von Hartmann im Stadtteil Deuben, wo sie gleich von vier „Herren“ angegriffen und in das hintere Zimmer gezogen wurden. Dort sollten die zwei Damen von zwölf „Herren“ entkleidet werden, die ihren ganzen Körper mit Schnee einreiben wollten. Also eine Rohheit und Unsitlichkeit ersten Ranges. Mit Recht hielt ein junger, zur Sanitätskolonne gehöriger Mann den Angreifern ihr rohes Benehmen vor; sie seien wohl nicht ganz bei Verstand. Freunde des Samariters mußten aber noch eingreifen, um das Schlimmste zu verhindern. Die Angelegenheit wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

— **Dresden.** Die neuen Dresdener Strompreise: Für eine Kilowattstunde bei Lichtstrom 5,80 Mark, bei Kraftstrom 2,90 Mark, bzw. 2,70 Mark. Der Gaspreis beträgt einheitlich 2,50 Mark.

— **Ebenbüchel.** An einer unübersichtlichen Straßengebung stieß ein Auto mit dem vom Baugen kommenden Geschäft der Landwirts Lehmann aus Cosul zusammen, wobei der Bretterwagen zertrümmert wurde. Der Besitzer wurde schwer verletzt. Das Automobil konnte seine Fahrt fortsetzen. Die Insassen nahmen den verletzten Geschäftsführer mit nach Baugen, wo sie ihn in ärztliche Behandlung brachten.

— **Lugau.** Beim Gutsbesitzer Schrapz brach Feuer aus. Es ist aller Wahrscheinlichkeit nach an zwei Stellen angelegt worden, konnte aber bald wieder gedämpft werden. In dem Qualm sind acht Kühe und ein Schwein erstickt.

— **Eibenflod.** Als am Sonntag nachmittag 3,50 Uhr der Personenzug vom oberen Bahnhofe auf dem unteren eintraf, entgleisten die Maschine und ein Personenwagen. Zwei Reisende wurden leicht verletzt. Der Betrieb ist unterbrochen.

### Der Beamtenstreik.

Zu dem Erlaß des Reichsverkehrsministers Goerner betreffend das Verbot des Beamtenstreiks übermittelte uns die Landesstelle Sachsen der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Annäherer folgende Äußerung:

Der Herr Reichsverkehrsminister hat an seine Beamten eine Verordnung ergehen lassen, in der er darauf hinweist, daß der Streik der Beamten rechtlich nicht zulässig und daß gegen streikende Beamte gegebenenfalls das Disziplinarverfahren eröffnet wird.

Es ist zweifellos richtig, daß das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis des Beamten anders geartet ist, als das des freien Angestelltenverhältnisses. Es ist nicht zu verkennen, daß sich aus der öffentlich-rechtlichen Natur des Beamtenverhältnisses gewisse Pflichten ergeben. Pflichten allerdings, die nach zwei Richtungen gehen. Einmal übernimmt der Beamte aus seinem Vertragsverhältnis heraus die Verpflichtung, seine gesamte Arbeitskraft dem Staate zur Verfügung zu stellen, andererseits aber darf nicht außer acht gelassen werden, daß zu einem Vertrage zwei Vertragspartner gehören. Das ist im vorliegenden Falle außer dem Beamten unweifelhaft der Staat. Es würde gegen die guten Sitten verstoßen, wenn nur ein Vertragspartner — das ist in diesem Falle der Beamte — aus dem Vertragsverhältnis Pflichten übernehmen müßte, während der andere Vertragspartner, der Staat, seinen Verpflichtungen nicht nachzukommen braucht. Wichtig ist, daß jeder Beamte verpflichtet ist, seine volle Kraft für den Dienst einzusetzen. Ohne zwingende Gründe wird er dies auch gewissenhaft tun. Demgegenüber entsteht naturgemäß die Frage, welche Verpflichtungen der Staat dem Beamten gegenüber hat. In erster Linie die, daß er den Beamten so besoldet, wie es nach der wirtschaftlichen Verhältnisse gefordert werden muß, wenn der Beamte dauernd überhaupt in der Lage sein soll, das von ihm geübte Leistungsmäß zu erfüllen. Der Staat hat danach die Verpflichtung, die von den abgesetzenden Faktoren zum Schutz der Existenzmöglichkeit der Beamten erlassenen Bestimmungen so anzuwenden, wie sie vom Gesetzgeber gedacht worden sind. Das ist nicht geschehen! Die Einkünfte der Beamten sind nicht so, daß sie in die Lage versetzt wäre, das von ihr geforderte Leistungsmäß auf die Dauer zu erfüllen. Die Reichsregierung verlegt damit eine für die Beamten außerordentlich wesentliche Gesetzbestimmung. Wer die Lage der Beamten in den mittleren und unteren Besoldungsgruppen kennt, muß es als Beweis ansehn, daß der Staat seine Verpflichtung aus dem Vertragsverhältnis nicht erfüllt hat. Sinequidam kann der Staat nicht verlangen, daß die Beamten sich nun ihrerseits trotz Nichterfüllung der Vertragspflichten durch den Staat totlos zusetzen, daß ihr dauernd das zum Leben Notwendige vorenthalten wird. Wenn nun Verhandlungen der Beamtenorganisation zu keinem befriedigenden Ergebnis führen, wenn die Beamten nun kein anderes Mittel mehr sieht als den Streik, so kann ihr das Recht zur Anwendung dieses Mittels nicht abgesprochen werden durch

den Hinweis auf das besondere Vertragsverhältnis des Beamten zum Staat.

Der Erlaß des Ministers ist jedenfalls nicht dazu angetan, die augenblicklich bestehende Erregung in der mittleren und unteren Beamenschaft zu mildern. Der Herr Minister wird das Gegenteil von dem erreichen, was er beabsichtigt hat. Die Beamten, insbesondere aber die Eisenbahnbeamten, müssen nach Lage der Verhältnisse diesen Minister-Erlaß als einen Hohn auf ihre berechtigten Forderungen ansehen.

Möglich ist, daß der Minister trotz der obigen Auslassungen juristisch im Recht ist. Die Frage des Beamtenstreiks löst sich aber nicht nur nach rein formalen juristischen Grundfragen beurteilen, man muß in Erwägung ziehen, daß der Beamte auch nur ein Mensch und als solcher zum Leben berechtigt ist. Dem Eisenbahnbeamten wird seine traurige wirtschaftliche Lage infolge seines gefahrvollen und aufreibenden Dienstes besonders eindringlich bewußt. Wenn man von diesen Gesichtspunkten ausgeht, ist es von vornherein fraglich, ob dem Minister ein juristisches Recht, das an und für sich schon sehr infrage gestellt ist, überhaupt etwas nützen wird. Was soll der Beamte denn schließlich tun, wenn der Staat ihm nicht mehr das zum Leben Notwendige gibt? Kann man in diesem Zustand noch Überlegungen juristischer Art anstellen, ob der Beamte ein Streikrecht hat oder nicht? Was man sich nicht schließlich sagen darf, daß es sich hier um eine Frage der einfachsten Menschenrechte handelt? Es gibt Grenzen in der Beamtenpflicht, die dann überschritten werden, wenn die wirtschaftliche Lage der Beamten so untragbar wird, wie es gegenwärtig der Fall ist. In einem solchen Stadium löst sich die Streikfrage nicht mehr juristisch behandeln, sie ist jetzt eine Rechtsfrage, über die sich nicht streiten läßt. Die Regierung hat es in der Hand, ob sie es tatsächlich darauf anlegen will, diese Rechtsfrage jetzt auszutragen. Es ist ein großes nationales Unglück, wenn es zu diesem Kampfe kommen sollte. Das er nicht schon ausbrach, ist nicht Verdienst der Regierung. Die Beamtenschaft und mit ihr die Arbeiter der Reichseisenbahn werden Schulter an Schulter den aufgezwungenen Kampf durchzuführen, wenn es der Reichsverkehrsminister, dem Lohne seines Erlasses entsprechend, so will.

Die Verantwortung vor dem Volke und vor der Geschichte aber trägt die Regierung und mit ihr der Reichsverkehrsminister.

### Dresdner Schlachtviehmarkt am 30. Januar.

**Auftrieb:** 1. Rinder: a) 206 Ochsen, b) 164 Bullen, c) 257 Kalben und Kühe, 2.881 Rinder, 8.499 Schafe, 4.1083 Schweine. **Beise in Mark für Lebends- und Schlachtgewicht:** a) Ochsen: 1. vollfleischige, ausgewässerte höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren 1050 bis 1150, 1900 bis 2100 2. junge fleischige, nicht ausgewässerte, ältere ausgewässerte 900 bis 1000, 1750 bis 1850, 3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere 600 bis 700, 1800 bis 1900, 4. gering genährte jeden Alters 400 bis 500, 1000 bis 1200, b) Bullen: 1. vollfleischige, ausgewässerte höchsten Schlachtwertes 1050 bis 1150, 1800 bis 2000, 2. vollfleischige jüngere 900 bis 1000, 1550 bis 1750, 3. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 550 bis 650, 1200 bis 1400, 4. gering genährte 400 bis 500, 950 bis 1100, c) Kalben und Kühe: 1. vollfleischige, ausgewässerte höchsten Schlachtwertes 1050 bis 1150, 1900 bis 2100, 2. vollfleischige, ausgewässerte höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 900 bis 1000, 1750 bis 1850, 3. ältere ausgewässerte Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben 700 bis 800, 1650 bis 1700, 4. gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben 500 bis 600, 1250 bis 1500, 5. mäßig und gering genährte Kühe und Kalben 350 bis 450, 1000 bis 1200. Rinder: 1. Doppelenber —, 2. beste Maß- und gute Saugfäher 1800 bis 1400, 2100 bis 2225, 3. mittlere Maß- und gute Saugfäher 1150 bis 1250, 1900 bis 2025, 4. geringe Rinder 850 bis 1050, 1675 bis 1800. Schafe: 1. Mastlamm und jüngere Mastlamm 1050 bis 1125 2100 bis 2250, 2. ältere Mastlamm 600 bis 1000, 1950 bis 2050, 3. mäßig genährte Damme und Schafe (Wergschafe) 600 bis 800, 1450 bis 1700. Schweine: 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2 Jahr 1700 bis 1800, 2175 bis 2300, 2. Fleischschweine 1800 bis 1900, 2300 bis 2425, 3. fleischige 1450 bis 1550, 1900 bis 2075 4. gering entwickelte 1800 bis 1400, 1850 bis 1950, 5. Säuen und Gber 1450 bis 1650, 1875 bis 2175. Tendenz des Marktes: Rinder und Rinder gut, Schafe und Schweine mittel.

Allen denen, welche uns am Tage unserer Silberhochzeit durch Gratulationen und wertvolle Geschenke erfreuten, hierdurch herzlichsten Dank.  
Steinbach b. Kesselsdorf  
1889 Bruno Hähnel u. Frau.

**Bezirks-Obstbauverein**  
Mittwoch den 1. Februar nachmittags 4 Uhr im „Goldenen Löwen“, Wilsdruff, Monatsversammlung.  
**Vortrag:** „Der Weinstock an der Häuserbauwandlerlehre Pfeiffer-Pöschel.“  
Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Gäste willkommen.  
Der Vorstand.

**Lindenschlößchen - Lichtspiele.**  
Mittwoch den 1. Februar abends 8 Uhr  
Senny Porten in:  
**„Die goldene Krone.“**  
Ein Spiel von Liebe und Leid in 5 Akten nach dem Roman von Olga Wohlbrück.  
1885

**Erste Freitaler Rosschlächterei und Wurstfabrik**  
**Bruno Ehrlich**  
Freital-Deuben, Bezirk Dresden, Fernruf 74.  
zahlt für Schlachtpferde die höchsten Preise.  
Bei vorkommenden Rosschlachtungen bin ich mit meinem Automobiltransportwagen schnellstens zur Stelle.

**Kabeljau**  
ohne Kopf, große Fische,  
**Pfund nur 8.- Mark.**  
Walter Riemann,  
Rosenstraße. 1888

**Neu eingetroffen!**  
Spazierstöcke, Lebensretter, Fuchs- u. Marber-Fangeweis- u. Fuchswitterung, Zefhings in 6 u. 9 mm noch sehr preiswert (ohne Waffenschein veräußert).  
**Otto Rolt,**  
Büchsenmacherei. 1880

Schöner gebrauchter  
**Wirtschaftsofen**  
78x52cm mit Stienfenierung und langer halbeingesteker Pfanne (rechts) verkauft  
**Robert Walther,**  
Ofenfegemeister, 1788  
Wilsdruff, am Bahnhof.  
Zur Ausführung aller Ofenfegearbeiten empf. sich D. D.

**Niederlagerräume**  
bez. Stallung für 2 Pferde zu vermieten. 1884  
**Wehner, „Alte Post“.**

**Arbeit in Stopfen u. Stricken**  
nimmt an Frau Regelein,  
Freiberger Straße 2. 1882

**Raucher sparen Geld,**  
wenn dieselben meine Rauchtabelle direkt ab Fabrik beziehen. Versende franco einschließlich Verpackung gegen Nachnahme:  
8 Pfd. 8 Pfd. 8 Pfd. 8 Pfd. 8 Pfd.  
200 M. 240 M. 280 M. 320 M. 400 M.  
in erstklassiger, reiner Qualität, auf Wunsch in den einzelnen Sorten sortiert.  
**Tabakfabrik W. Hoffer, Düsseldorf 325,**  
Friedrichstraße 108-112 500

**Die älteste Rosschlächterei**  
Speisewirtschaft und Pferdegeschäft  
im Planenschen Grunde  
Inhaber:  
**Kurt Siering, Freital-Pöschel**  
Tharandter Str. 25 Fernruf Amt Deuben 151  
kauft lauf. Schlachtpferde zu allerhöchster Preisen.  
Bei Unglücksfällen mit Transportgefährt sofort zur Stelle

**Familien-Drucksachen**  
liefert in neuzeitlicher Ausführung  
**Buchdruckerei Arthur Zschunke, Wilsdruff.**

**Oswald Mensch Nachf.**  
Inh.: Emil Mensch  
Rosschlächterei, Pferdegeschäft u. Spelswirtschaft  
Pöschel, Turnerstraße 10 1788  
Fernsprecher Amt Deuben 735  
Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle.

**PATENT**  
Musterschutz  
Warenzeichen  
Durch das Patentbüro Krueger  
Dresden, Schloßstr. 21/22  
Soll 1891 behauptet u. angefordert sein  
u. Anzeichen persönlich auf Erfindung  
VERBODEN  
**Suche auf Landwirtschaft**  
für 1 Jahr 1872  
**20-25 000 Mk.**  
gegen hohe Zinsen zu leihen.  
Angeb. erbeten u. 1872  
an die Geschäftsstelle d. Bl.

**Beretreter**  
mit circa 1000 Mark für  
neuartigen Artikel der Land-  
wirtschaft gesucht. 1871  
Angebote mit genauen An-  
gaben an **Max Hahn,**  
Alt.-Gef., Berlin SW 68.  
Suche für 1. März oder  
früher fauberes, fleißiges  
**Küchenmädchen.**  
**Max Lange, Konditorei,**  
Dresden, Bischofsberg 18.

**Landwirtstochter**  
22 Jahre alt, sucht bald  
oder 1. März Stellung als  
**Wirtschaftsmädchen**  
oder **Wirtschafterin.**  
Bar schon auf größ. Gütern tätig.  
Angebote unter 1881 an die  
Geschäftsstelle d. Blattes erb.  
Suche für 15. Febr. älteres,  
erfahrenes und kinderliebes  
**Hausmädchen** 1887  
in herrschaftl. Haushalt bei  
hohem Lohn. Vorerst schriftl.  
Angeb. an **Schröter, Nieder-  
löbzig-Rüschendorf,**  
Morsburger Straße 14.